



11. September 2019 in Berlin

ver.di-Pressegespräch: Aktuelle Themen aus dem Bankenbereich

Genossenschaftsbanken

Am 7. August 2019 haben der Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken Raiffeisenbanken (AVR) mit DBV und DHV einen Tarifreformvertrag unterschrieben. In diesem werden u.a. neue Eingruppierungsbestimmungen, ein neuer Geltungsbereich des Tarifvertrages, eine neue Tabelle, Regelungen zum Umgang mit Bestandsmitarbeiter/innen sowie eine erweiterte Samstagsarbeit geregelt. Dieser Tarifreformvertrag wird ab dem 1. Januar 2020 in Kraft treten. Er ist bis heute und auch nur in Teilen lediglich den Vorständen der Genossenschaftsbanken bekannt gemacht worden.

Die neuen Regelungen bedeuten eine drastische Absenkung der Gehälter insbesondere der unteren und mittleren Tarifgruppen: Im Laufe eines Berufslebens um bis zu mehrere Hunderttausend Euro. Arbeitgeber erhalten darüber hinaus die Möglichkeit, mit AT-Beschäftigten ab etwa 6.000 Euro/Monatsgehalt einzelvertraglich schlechtere Bedingungen als im Manteltarif zu vereinbaren.

Die Gehaltserhöhungen von 3 Prozent ab dem 1. Januar 2020 sowie 1,5 Prozent ab dem 1. April 2021 sind aufgrund von 7 Leermonaten, einer Gesamtlaufzeit von 34 Monaten sowie der Absenkung der Gehälter aufgrund der neuen Eingruppierungsbestimmungen eine Mogelpackung und stellen die Beschäftigten der Genossenschaftsbanken deutlich schlechter als die der privaten öffentlichen Banken und der Sparkassen.

Die Genossenschaftsbanken erwirtschaften herausragende Gewinne. Die genossenschaftlichen Werte von Fairness und Teilhabe lässt der AVR mit diesem Tarifvertrag gegenüber den Beschäftigten hinter sich und macht sich zum Vorreiter einer Dequalifizierung des Berufsbildes des Bankkaufmanns bzw. der Bankkauffrau. Das wird nicht ohne Auswirkung auf die Qualität der Arbeit in den Genossenschaftsbanken bleiben.

DBV und DHV haben nachdrücklich gezeigt, wie substantielle Verschlechterungen in einem Flächentarifvertrag ohne jegliche Öffentlichkeitsarbeit in den Banken und damit ohne jede Möglichkeit der Einflussnahme seitens der Beschäftigten für Arbeitgeber erreicht werden können. Sie verkörpern damit ein Modell von "Gewerkschaft", das sich als Unterschriftengeber für Arbeitgeber/-verbände anbietet.

Commerzbank

In der Commerzbank stehen aktuell die Filialen im Hinblick auf die noch anstehenden Filialumbauten im Rahmen Commerzbank 4.0 auf dem Prüfstand. Hierbei wird auch die Möglichkeit weiterer Personalreduzierung geprüft. Darüber hinaus wird geprüft, ob auch in Zentralabteilungen vorhandenes Personal abgebaut werden kann.

Des Weiteren werden alle Beteiligungen und Tochterfirmen geprüft. Hierbei steht eine kritische Bewertung beispielsweise einer Verlagerung von Arbeit aus der AG auf die Tochterfirmen (z.B. ComTS) und aus den Töchtern heraus nach Polen an.

Postbank: Kunden müssen sich auf weitere Streiks einstellen

Nach drei Verhandlungsrunden hat die ver.di-Tarifkommission am 9. September 2019 das Scheitern der Verhandlungen beschlossen. ver.di wird jetzt eine Urabstimmung über Streiks einleiten. Hintergrund ist ein inakzeptables Angebot, das die Arbeitgeber der DB Privat- und Firmenkundenbank AG in der dritten Verhandlungsrunde vorgelegt haben.

Danach sollen die Gehälter der Beschäftigten ab 1. April 2020 um 1,7 Prozent erhöht werden, ab 1. Juli 2021 um 1,0 Prozent und ab 1. Februar 2022 um weitere 1,0 Prozent. Bei neun Nullmonaten würde dieses Angebot über eine Laufzeit von 36 Monaten eine durchschnittliche jährliche Erhöhung der Gehälter um lediglich 1 Prozent bedeuten.

Die Erträge im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden in Deutschland belaufen sich im 2. Quartal 2019 auf 1,7 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch vor diesem Hintergrund hält ver.di das Arbeitgeberangebot, das für die Beschäftigten einen Reallohnverlust bedeuten würde, für eine Provokation. Die von den Arbeitgebern unterbreitete Gehaltserhöhung liegt unterhalb der zu erwartenden Teuerungsrate und entwertet damit die Gehälter der Beschäftigten, statt sie angemessen zu erhöhen.

Bei den Tarifverhandlungen zwischen ver.di und der DB Privat- und Firmenkundenbank AG geht es um rund 12.000 Beschäftigte bei Teilen der DB Privat- und Firmenkundenbank AG, Postbank Filialvertrieb sowie der BHW-Kreditservice und weiterer Tochterunternehmen (Betriebscenter für Banken, PB Service, PB Direkt, PB Firmenkunden AG).

ver.di fordert unter anderem die Erhöhung der Gehälter um 7 Prozent, mindestens 200 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Die Beschäftigten sollen dabei wählen können, ob sie mehr Geld oder mehr Freizeit erhalten möchten. Des Weiteren fordert ver.di eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100 Euro sowie einen verbindlichen Anspruch auf Altersteilzeit und ein 13. Monatsgehalt für alle Beschäftigten. Für ver.di-Mitglieder werden außerdem sechs Gesundheits- und Entlastungstage gefordert.

In den vergangenen Wochen hat es bereits in zahlreichen Bundesländern Warnstreiks gegeben, bei denen es zu starken Verzögerungen in den Arbeitsabläufen, Einschränkungen im Zahlungsverkehr bis hin zu Filialschließungen kam.